

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Bezugspreis: monatlich 250 h einschließlich
Bringerlohn. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die 8spaltige
Kleinzeile oder deren Raum 75 h,
Reklameweile 250 h.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Biebrich a. Rh.

Siliale in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 90

Donnerstag, den 4. August 1921.

Postfachamt
Frankfurt (Main) Nr. 10114

15. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Nr. 389.

Verordnung

über die Preise für das Umlagegetreide aus der
Ernte 1921.

Vom 4. Juli 1921 (RGBl. S. 804).

Auf Grund des § 50 des Gesetzes über die Re-
gelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921
(RGBl. S. 737) wird mit Zustimmung des Reichs-
rats und des vom Reichstag gewählten Ausschusses
von der Reichsregierung verordnet:

§ 1. Für das Getreide, das auf Grund der nach
dem Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Ge-
treide vom 21. Juni 1921 (RGBl. S. 737) ausge-
schriebenen Umlage zu liefern ist, werden den Erzeu-
gern folgende Preise gezahlt:

für die Tonne Roggen 2100 M.,
für die Tonne Weizen, Spitz (Dinkel, Fejen)
Ernt, Einform 2300 M.,
für die Tonne Gerste 2000 M.,
für die Tonne Hafer 1800 M.

§ 2. Die in § 1 genannten Preise gelten für
Getreide von mindestens mittlerer Art und Güte.
Sie schließen, vorbehaltlich anderweiter Rege-
lung nach § 3, die Kosten der Beförderung bis zur
Verladestelle des Dries, von dem die Ware mit der
Bahn oder zu Wasser verladen wird, sowie die Kosten
des Einladens inbegriffen.

§ 3. Der Reichsminister für Ernährung und
Landwirtschaft erteilt die erforderlichen Ausfüh-
rungsbestimmungen. Er kann Ausnahmen von den
Bestimmungen dieser Verordnung zulassen.

Berlin, den 4. Juli 1921.

Die Reichsregierung.

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 1. August 1921.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses,
J. H. Kornst. 1813. J. B. Biefer.

Nr. 390.

Ausführungsbestimmungen

zur Verordnung über die Preise für das Umlage-
getreide aus der Ernte 1921.

Auf Grund des § 3 der Verordnung über die
Preise für das Umlagegetreide aus der Ernte 1921
vom 4. Juli 1921 (RGBl. S. 804) wird be-
stimmte:

§ 1. Der Preis für zusammengemachenes Ge-
treide richtet sich nach der Art des Getreides und
seiner Zusammensetzung.

§ 2. Als Getreide von mindestens mittlerer Art
und Güte gilt Getreide nur, wenn die Fruchtbarkeit
bei Befruchtung vor dem 1. Oktober 1921 — 19 vom
Hundert und bei Befruchtung vom 1. Oktober 1921
ab — 17 vom Hundert nicht übersteigt, und wenn es
gut und gesund ist, auch hinsichtlich seiner sonstigen
Eigenschaften der Durchschnittsbefruchtung der be-
treffenden Getreideart in der Umlagegegend ent-
spricht.

§ 3. Für die Bewertung des Getreides ist seine
Reifezeit bei der Ankunft an dem von dem Er-
zeuger bezeichneten Bestimmungsort maßgebend.

§ 4. Die Preise gelten für Lieferung ohne
Sack. Die näheren Bestimmungen für teilweise
Lieferungen von Säcken, insbesondere über die
Verpackung und über die Preise der Säcke trifft die
Reichsregierung. Die Preise der Säcke durch Veröffentlichung
im Reichsanzeiger.

§ 5. Der Verkäufer trägt bis zur Verlade-
stelle des Dries, von dem die Ware mit der Bahn
oder zu Wasser verladen wird, zur Verfügung, so
dass hierfür eine Verladegebühr nicht berechnet werden
kann. Die Preise gelten für Verladung binnen
15 Tagen nach Ablieferung. Wird der Kaufpreis
länger gestundet, so dürfen bis zu 2 vom Hundert
Zinseszinsen über Reichsbankdiskont zugeschlagen
werden.

Berlin, den 5. Juli 1921.

Der Reichsminister für Ernährung und
Landwirtschaft.

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 1. August 1921.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses,
J. H. Kornst. 1814. J. B. Biefer.

Nr. 391.

Die interalliierte Rheinlandkommission hat zur
Auslegung der Verordnung 84 betr. die Zuständig-
keit der Gerichte zur Aburteilung von Zivilverhand-
lungen gegen die Wirtschaften und Zollverordnungen
folgende Erklärungen gegeben:

1. Der Artikel 1 der Verordnung 84, der grund-
sätzlich die alliierten Militärgerichte zur Aburteilung
der Zivilverhandlungen gegen die Verordnungen
77, 81 und 82 für zuständig erklärt, hat nicht zur
Folge, daß die Aburteilung der von dem Antrags-
steller der genannten Verordnungen 77, 81 und 82
betroffenen Zivilverhandlungen gegen die deutschen
Gerichte der Zuständigkeit der deutschen Gerichte ent-
zogen wird.

2. Entsprechend dem Grundsatze, daß die Zustän-
digkeit der Gerichte in Streitigkeiten auf die bei ihrer Ver-
handlung bereits anhängigen Sachen angewandt wer-
den können, sind die alliierten Militärgerichte zustän-
dig zur Aburteilung der Zivilverhandlungen gegen die
Verordnungen 77, 81 und 82, welche in der Zeit
zwischen dem Tage des Antragsstellers dieser Ver-
ordnungen (Nr. 77, 8. März, Verordnungen 81 und
82: 20. April 1921) und dem Tage der Verkündung
der Verordnung 84 (27. April 1921) begangen sind.

3. Die von den deutschen Gerichten in den oben

angegebenen Grenzen ihrer Zuständigkeit erlassenen
Urteile können in allen Teilen vollstreckt werden.
Infolgedessen müssen beschlagnahmte Waren zurück-
gegeben werden, wenn die Rückgabe im Urteil ange-
ordnet ist.

Die Herren Bürgermeister des Kreises weise ich
hierauf besonders hin.

Wiesbaden, den 1. August 1921.

Der Vordrat. J. B. Biefer.

Nichtämlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Englische Pressestimmen über den Kompromiß.

London, 1. August. Alle Blätter nehmen
in Leitartikeln zu dem in der obersteilischen Frage
zwischen England und Frankreich erzielten Kompro-
miß Stellung. „Daily Chronicle“ begrüßt das
erzielte Einverständnis, schreibt jedoch: Wir wün-
schen jedenfalls, daß die Londoner Sanktionen aus-
gehoben werden, denn wenn die Londoner San-
ktionen nicht bald beseitigt wären, könnte ihre Bei-
behaltung trotz der Erfüllung unserer Forderungen
durch die Regierung die Stellung dieser Regie-
rung unhaltbar machen. Ein solches Ergebnis müs-
sen wir vermeiden, solange wir es können. —
„Daily Telegraph“ schreibt: Das obersteilische
Problem ist noch nicht gelöst. Die Aufgabe der
Lösung kann erst in Angriff genommen werden in
einer Atmosphäre, die von dem Druck, den das
diplomatische Barometer in den letzten zwei Wochen
verzeichnete, befreit ist. Das Blatt erklärt schließlich,
dass Lord George bei der Verfolgung der Politik,
für die er im Rate der Entente eintrat, die gesamte
englische Nation hinter sich. Die Angriffe gegen
Lord George seien tatsächlich Angriffe auf die
Struktur des französisch-englischen Einverständnisses.

Die Tagung des Obersten Rates.

Paris, 1. August. Eine amtliche Meldung
besagt, daß Lord George heute nachmittag an Lord
George und Bonomi die offizielle Einladung für die
Tagung des Obersten Rates hat ergehen lassen. Die
Zusammenkunft findet am 8. August in Paris
statt. Es nehmen an ihr lediglich die Minister-
präsidenten Frankreichs, Englands
und Italiens teil. Weder Belgien noch
Amerika werden vertreten sein.

Die endgültige Tagesordnung ist jedoch bisher
noch nicht festgelegt. Nach Londoner Meldungen
soll England den Wunsch haben, u. a. auch das
albanische Problem und die Frage einer Hilfsaktion
für Rußland anzuschneiden. Für die Tagung sind
acht Tage vorgesehen.

Köln. Es verlautet, daß Bonn, das vor
Zahresfrist aus englischen in französische Hände
übergegangen ist, demnächst wieder eine englische
Besatzung erhalten soll. Wie zu erwarten war,
werden auch die französischen Truppen in Köln wie-
der durch englische ersetzt werden.

Düsseldorf. Der demokratische Reichstagsabge-
ordnete Ertelung wurde am Samstag von der
Ententebehörde verhaftet, dann aber mit der Mit-
teilung, daß es sich um einen Irrtum eines unter-
geordneten Beamten handle, wieder entlassen. Die
Verordnung habe lediglich den Zweck gehabt, den
Abgeordneten über die Unrichtigkeit seiner Neben-
und Veröffentlichungen zu belehren.

Stuttgart. Der neue 12.000 Tonnen große
Dampfer „Württemberg“ der Hamburg-Amerika-
Linie ist am Freitag in Begleitung der Bremer vom
Stapel gelassen. Aus diesem Anlaß hat der
württembergische Staatspräsident an die Hamburg-
Amerika-Linie ein Telegramm geschickt, in dem er
dem künftigen Ausbruch, daß der neue Dampfer
auf dem Ozean ein glänzendes Zeugnis ablegen möge
für die untrennbare Verbindung von Nord und
Süd.

Die steigende Not zwingt zahlreiche Studierende
während der Ferien Arbeitszeit zu tun, um einen
Beitrag zu den Kosten des Studiums selbst zu er-
werben. Dieser stehen noch viele Arbeitgeber diesem
Streben der jungen Leute feindselig gegenüber und
entschieden sich nur schwer, sie in ihren Betrieb
aufzunehmen. Daß ihre Befolgung grundlos sind,
darüber kann ein Bericht der Stuttgarter Volks-
werke bezeugen, die schon in den Osterferien sechs-
zehn Studenten als Arbeiter einstellten. Die
„Soziale Praxis“ entnimmt dem Bericht einen
Auszug, der u. a. folgendes sagt:

Wir sind bei der Auswahl unserer Ferien-
beschäftigten von dem Grundsatze ausgegangen, vor-
 allem solche Studierende zu berücksichtigen, die aus
ihrer Tätigkeit bei uns für ihren weiteren Beruf
einen Gewinn haben könnten. Für den künftigen
Ingenieur trifft dies ohne weiteres zu; aber auch
dem Juristen kann es von Wert sein, sich einmal
über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unterrichten
zu können, und der Theologe wird aus dem Um-
gange mit Menschen aus Berufsanschauungen, mit
denen er während seiner Studienzeit wohl wenig
zusammenkommt, manches lernen. Wir haben bei
diesem ersten Versuch mit unseren familiären Ferien-
beschäftigten sehr gute Erfahrungen gemacht. Zahl-
reiche andere Betriebe berichten ebenfalls von guten
Erfolgen, die solche Ferienarbeit für beide Parteien
gezeigt habe. Es kommt der gesamten Technik,
dem gesamten Wirtschaftsleben zugute, wenn auf

diese Weise recht vielen Studierenden während ihrer
Studienzeit neben der Aufnahme von Buchwissen-
schaft auch ein Blick ins volle Menschenleben, dem
ihre Vorbereitung gilt, ermöglicht wird.

Es wird dann noch die erfreuliche Tatsache mit-
geteilt, daß Ferienarbeiter und ganzjährige Arbeiter
in den Volkswerken vorzüglich miteinander ausge-
kommen sind. Dies dürfte die so oft als Argument
gegen die studentische Ferienarbeit ausgesprochenen
Befürchtungen einschränken, daß Kopf- und Geistes-
arbeiter, aus allzu geringem Verdienste für die
Art des anderen, nie für längere Zeit eine geistige
Brücke zueinander finden könnten.

Die Stellung des Kabinetts Wirth.

Hamburg, 2. August. Die „Neue Ham-
burger Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift, in der
von führender Parlamentarier zu der Frage des
Rücktritts des Kabinetts Wirth Stellung
genommen wird. Unter Berufung auf die be-
kannten Äußerungen des Reichstags und des
Reichsjustizministers Dr. Schiffer stellt die Zuschrift
fest, daß sich das Kabinett vollständig klar sei über die
Notwendigkeit des Rücktritts, falls es in der obersteilischen Frage
und in der Angelegenheit der Sanktionen keinen
Erfolg erzielt. Es wird hinzugefügt, das Parla-
ment teile in seiner überwiegenden Mehrheit den
Standpunkt der Regierung und werde nichts tun,
um die Konsequenzen hinauszuhalten, die die Re-
gierung selbst zu ziehen entschlossen sei. Wörtlich
heißt es dann: Von der Entscheidung über Ober-
steile und die Sanktionen hängt also das Schick-
sal des Kabinetts Wirth, das Schicksal Deutschlands
und darüber hinaus das Schicksal eines großen
Teiles der Welt ab. Diese Entscheidung würde eine
vernichtende Wirkung aber nicht bloß ausüben,
wenn sie zu Ungunsten Deutschlands und der Ge-
rechtigkeit erginge, sondern auch, wenn sie ganz
zu einem weltlichen Teil hinausgejagt würde.

England.

London. Im Unterhause erklärte Lord
George auf eine Anfrage weiter, die britische Re-
gierung sei im Verlaufe der jüngsten Zusammen-
kunft mit Frankreich lebhaft von dem Wunsche
geleitet gewesen, eine gerechte Lösung der ober-
steilischen Frage in Gemäßheit des Abstimme-
ungsvertrages zu finden. In Beantwortung von
Zuschriften erklärte Lord George, es sei die
Aufgabe der britischen Regierung, darüber zu
nachdenken, daß den Völkern wie den Deutschen in gleicher
Weise eine völlig rechtmäßige Behandlung zuteil
werde. Lord George erklärte noch, er glaube, daß
das Verfahren gegen die Kriegsschuldigen auf der
Tagung des Obersten Rates Gegenstand einer
Erörterung sein werde.

Lloyd Georges geht nach Paris.

Paris, 2. August. Der Londoner Korre-
spondent des „New York Herald“ teilt mit, daß
Lloyd George am 3. August in den Verhandlungen
des Obersten Rates Lord Curzon, Lord Hardinge
und Fieldmarschall Wilson teilnehmen werden. Der
Korrespondent berichtet weiter, daß trotz der opti-
mistischen Haltung, die Lloyd George gestern zur
Sache getragen habe, es heiße, er sei vollkommen
bewußt, daß in mehreren Punkten der Tagesord-
nung die Gegensätze verborgen sei. Lloyd George
beabsichtige jedenfalls in Paris dabei zu sein. Selbst
männ die irische Frage diese Woche geregelt werden
sollte, sei es wahrscheinlich, daß die Bekanntgabe der
Regierung bis zur Rückkehr des Premierministers
aufgeschoben werde.

Die Reichstanzler-Rede in Bremen.

Bremen, 3. August. In einer von etwa
5000 Menschen besetzten öffentlichen Versammlung,
die von der Handelskammer Bremen einberufen
war, sprach Reichstanzler Dr. Wirth über die wirt-
schaftliche Lage. In kurzen Begriffsparaphrasen
drückte der Vizepräsident der Handelskammer,
Reichstanzler, seine Freude aus, den künftigen
Landesmann und höchsten Beamten des Reiches in
Bremen zu sehen, der durch sein erwiesenes Inter-
esse für die alte Hansestadt am Weiserstrom und
damit auch für kommerzielle Weltstellung Deutsch-
lands bezeugte. Die Stunde sei überaus ernst.
Wiele der Gegner verstanden, das deutsche Streben,
durch Arbeit und Fleißerfüllung wieder emporzu-
kommen, neuerlich zu vereiteln. Wenns Bürger-
schaft sei bereit, sich um die Reichsregierung zu
scharen und mit ihr in die Welt hinauszutreten: Das
deutsche Volk will sein altes Recht und nicht mehr.

Hierauf ergriff Reichstanzler Dr. Wirth
das Wort zu folgenden Ausführungen: Ich will
keine Rede der Resignation, sondern der Er-
munterung halten. Die Lösung heißt:
Durch Arbeit zur Freiheit! Es handelt
sich nicht um vergangene Klagen der Nacht, son-
dern um die Lebensfrage, daß der Kern der Welt-
geschichte ein moralischer ist. Bremen muß ein Aus-
gangspunkt für die Gesundung des Welthandels
sein. Dieses Wiederanzukleben ist nur möglich unter
dem Gedanken des Rechtes, nicht unter dem Ge-
danken der Macht. Wobin der Nachgedanke führt,
zeigt das traurige Schauspiel Obersteile. Jede
Stimme des Rechtes begrüßen wir mit Dank, ob
sie von jenseits des Ozeans oder von jenseits des
Kanals zu uns herüberkommt. Mit Dankbarkeit
hören wir, daß aus der Reihe fremder Staats-
männer der Gedanke von Glück und Wohlfahrt der

Völker wieder einmal öffentlich zum Ausdruck
kommt. Es wäre eine Sabotage des großen demo-
kratischen Ideals der Welt, wenn nicht das Recht,
sondern die Diktatur Koranins in Obersteile zur
Geltung käme. Alle Mächte moralischer Natur
rufen mit eherner Stimme in die Welt hinaus:
achtet den Gedanken der Selbstbestimmung der
Völker, der Demokratie und der Freiheit, wenn ihr
das unglückliche Europa nicht endgültig dem Unter-
gang weihen wollt. Sieben Jahre sind dahinge-
gangen, seit der unglückseligen Stunde jenes ersten
Ultimatums. Soll das neue Ultimatum neue Zer-
störung über Europa bringen? Europa kann nicht
noch einmal durch neuen Wirrwirr hindurchgeführt
werden. Die Todeschatten lagern über dem Kon-
tinent, der der Bringer des Lichtes und der Frei-
heit für die ganze Welt sein möchte. Leider regieren
in Warschau politische Leidenschaft und grenzenloser
Hochmut, der die Welt nicht zur Ruhe kommen
lassen will. Bremen war immer der Ort, von dem
deutsche Kultur und deutsche Arbeit in die Länder
des Ostens gebracht wurden. Deutsche Kultur,
deutsche Qualifikation und deutsche soziale Wohlfahrt
sind in Obersteile auf dem Spiel. Obersteile hat unter der deutschen demo-
kratischen Freiheit andere Tage gehabt als unter der
Herrschaft der polnischen Nationalisten. Bremens
Arbeiter und Kaufmannschaft müssen zu-
sammensetzen mit der Reichsregierung in der Ver-
teidigung der großen einheitlichen Richtlinien der
Reichspolitik, die geleitet wird von dem Gedanken
der Erfüllung unserer Verpflichtungen gegen das
Land und geleitet von dem großen Gedanken
der Arbeit des Reiches und der sozialen Wohlfahrt
Deutschlands und dem Gedanken, daß mit ihm ein
faures Spiel getrieben wird. Das Vertrauen in die
europäische Solidarität und das gemeinsame Inter-
esse aller Völker an der Freiheit der Demokratie
darf nicht enttäuscht werden. Wollen Sie wissen,
was Macht ist, wenn sie brutal mißbraucht wird,
dann, liebe Volksgenossen, schauen Sie auf Ober-
steile! Dort hat die Macht und zwar die pol-
nische Macht, nicht ganz ohne Verbindung mit
Mächten, die den Gedanken des Rechtes hätten hoch-
halten müssen — dort hat der Gedanke der Dik-
tatur ein glänzendes, blühendes Land, wie wir es
der interalliierten Kommission übergeben haben,
beinahe an den Rand des Verderbens gebracht.
Wir wollen keine Diktatur in der Welt; wir wollen
nur eines: daß deutsches Land, das durch deutsche
Arbeit und durch deutsche Kultur zu großer Blüte
emporgewachsen ist, daß dieses Land nicht unter
polnischer Diktatur dem Ruin übergeben wird.
(Bravo.) Dort haben Sie den Mißbrauch der Ge-
walt gesehen und ich glaube, niemand in Bremen
verkennt den großen Gedanken der Stunde, die uns
bevorsteht, wo sich zeigen soll, ob in Obersteile
das Recht oder die Gewalt, ob die Unvernunft oder
die wirtschaftliche Vernunft in Obersteile herr-
schen sollen!

Ich habe genügend dargelegt, wie wichtig es
für die ganze Welt ist, daß anstelle des Nachge-
dankens der Gedanke des Rechtes zum Durchbruch
kommt. Wir hören Stimmen des Rechtes und des
Friedens in der ganzen Welt. Aus Amerika, aus
England hören wir diese Stimmen. Wenn diese
Stimmen auf der ganzen Welt rechtzeitig im Tönen
des Weltkrieges zur Geltung gekommen wäre — die
Welt stünde heute anders da, als in dem jetzigen
ungeheuren Elend! Wir wollen jede Stimme des
Rechtes und der Vernunft, ob sie jenseits des
Meeres oder von jenseits des Kanals ertönt, mit
Dankbarkeit begrüßen. Mit herzlichster Freude
haben wir gehört, daß aus dem Munde führender
Staatsmänner auf der Seite unserer früheren
Gegner das Wort vom Glück und der Wohlfahrt der
Völker wieder öffentlich ausgesprochen wird.
Liebe Volksgenossen! Das deutsche Volk weiß von
vergangenem Glück und Wohlfahrt zu erzählen.
Lagen es nicht glückliche Tage, wo die Welt auch
in Bremen in Frieden ihren Geschäften nachgehen
und den Werken der Wohlfahrt und des sozialen
Gedankens leben konnte? Wenn wir heute das
Wort „Glück und Wohlfahrt“ auf die Lippen neh-
men, so tun wir es in dem Gefühl, Glück und Wohlfahrt
verloren zu haben. Das große Weltgeschick
hat diesen Friedensgedanken verschüttet und allein
Nachgedanken zur Geltung gebracht. Wir sprechen
von Glück und Wohlfahrt, weil dieses Land der
Sehnsucht hinter uns liegt. Aber wenn drüben
heute von Glück und Wohlfahrt gesprochen wird, so
frage ich Sie, ob sie dem der Waffenstillstand dem
deutschen Volke die Waffen genommen hat, dieses
Ziel, die Wohlfahrt und das Glück der Völker zu er-
neuern, wirklich das Ziel der führenden Männer
gewesen ist. Schauen Sie hin auf die Politik der
letzten drei Jahre, auf die Politik der letzten Mo-
nate. Mit emigem Drohen tritt man uns gegen-
über. Damit ergibt man keine Wohlfahrt, sondern
nur neuen Haß.

Wir haben in den letzten Tagen wieder erlebt,
welche schweren Wunden wieder über unser deutsches
Vaterland heraufgezogen sind, welche neue Dro-
hungen ausgesprochen worden sind, während wir
glauben, dem wahren Gedanken der Liebe und der
Befriedung in der Welt zu dienen und damit den
Völkern neues Glück und neue Wohlfahrt zu
bringen. Ich nehme es niemanden in dieser großen
Halle übel, wenn er an der Politik der letzten Mo-
nate Kritik übt. Ich habe nichts dagegen, wenn hier
und dort der Ruf an mich herantritt: Herr Reichs-
tanzler, Sie sind einen falschen Weg gegangen!
Trotzdem würde ich, wenn noch einmal die schwere
Entscheidung zu fällen wäre, eine Regierung zu
bilden, wieder allein den Weg des Rechtes geben.
Ich würde mich keinen Augenblick befinnen, diese
Politik noch einmal zu machen! (Bravo! und
händelstischen.) Ich habe die Antwort auf das
Ultimatum von London gegeben und unter diesem
politischen Gesichtspunkte. Will man in der Welt
den großen Gedanken der sozialen Demokratie Rech-
nung tragen, dann darf man die Politik der deut-

Essen, 3. August. In einem Bescheid an den Siedlungsbezirk Ruhrkohlenbezirk bemerkt der preussische Minister für Volkswohlfahrt, daß durch

Peter Wagner & Co.
Fahfabrik u. Großhandlg.
Mainz a. Rh.
Walpodenstraße 20
(frñh. Altmünster Brauerei).